

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY
INFORMATION REPORT

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

S-E-C-R-E-T

25X1

COUNTRY	Poland/East Germany	REPORT	
SUBJECT	General Regulations Governing Delivery of Goods from East Germany to Poland and from Poland to East Germany	DATE DISTR.	12 December 1955
DATE OF INFO.		NO. OF PAGES	1
PLACE ACQUIRED		REQUIREMENT NO.	RD
		REFERENCES	

This is UNEVALUATED Information

THE SOURCE EVALUATIONS IN THIS REPORT ARE DEFINITIVE.
THE APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.
(FOR KEY SEE REVERSE)

25X1

[redacted] booklet in German on regulations governing the delivery of goods from East Germany to Poland and from Poland to East Germany. Contained in the booklet is information on such subjects as documentation, information on delivery of goods, packing and marking, examination of goods, provisions concerning installation of products, complaints, payment procedure and penalties in air, land and water transportation.

25X1

25X1

25 YEAR RE-REVIEW

S-E-C-R-E-T

25X1

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC					
-------	---	------	---	------	---	-----	---	-----	--	-----	--	--	--	--	--

25X1

(NOTE: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#")

Allgemeine Bedingungen

für Warenlieferungen aus der Deutschen Demokratischen Republik nach der Volksrepublik Polen und aus der Volksrepublik Polen nach der Deutschen Demokratischen Republik.

25X1

Die Warenlieferungen von einem Land nach dem anderen werden, falls in den einzelnen Verträgen infolge Besonderheiten der Lieferungen nichts anderes festgelegt wird, unter folgenden Bedingungen durchgeführt:

Vertragsform

§ 1 Der Vertrag muß schriftlich abgefaßt und von den hierzu Bevollmächtigten Personen unterschrieben werden. In gleicher Weise werden Ergänzungen und Änderungen des Vertrages sowie die Anlagen (Technische Bedingungen, Spezifikationen, Verpackungs-, Markierungs-, Verladeanweisungen und dergleichen) ausgefertigt:

Muster der Verträge, die bei Warenlieferungen von Maschinen und Einrichtungen wie auch von allgemeinen Waren aus der Deutschen Demokratischen Republik nach der Volksrepublik Polen abzuschließen sind, werden den vorliegenden "Allgemeinen Bedingungen" beigelegt. (Anlagen 1 und 2)

Im Vertrag müssen die genauen Positionsnummern der zu benutzenden Kontingente sowie die Auftragsnummern des Käufers angegeben sein. Der Vertragsabschluß kann auch durch die vorbehaltlose Bestätigung eines erteilten Auftrages erfolgen. Dies hat innerhalb von 14 Tagen nach Eingang des Auftrages durch den Verkäufer zu geschehen.

Die Auftragsbestätigung ist nur dann gültig, wenn ihre Bedingungen vollständig mit den Bedingungen des Auftrages übereinstimmen.

Nach Vertragsabschluß (Auftragsbestätigung) werden die gesamte vorangegangene Korrespondenz sowie die Vertragsverhandlungen ungültig.

Versandart und Lieferort

§ 2 Lieferungen mit der Eisenbahn oder mit dem Kraftwagen werden unter den Bedingungen franko Staatsgrenze des Verkäuferlandes durchgeführt.

Von der Staatsgrenze des Verkäuferlandes an trägt der Käufer die Kosten für die Warenbeförderung sowie die Kosten für die Warenumladung und die Umstellung der Radsätze, sofern solche auftreten.

Den Weg der Beförderung, die Art der Transportmittel und die Grenzpunkte der Lieferung der Ware gibt der Käufer an.

Wenn die Eisenbahn einen Waggon mit einem höheren Ladegewicht stellt als vom Verkäufer angefordert, oder wenn ein Waggon wegen Achsdruckbeschränkung auf einer Teilstrecke nicht bis zu der für das betreffende Gut tariflich vorgeschriebenen Gewichtsnorm beladen werden kann, so hat der Verkäufer dies durch die Eisenbahn amtlich im Frachtbrief bescheinigen zu lassen.

- 3 -

Falls der Waggon durch Verschulden des Verkäufers nicht den Tarifvorschriften entsprechend beladen oder ausgelastet wird, so hat der Verkäufer dem Käufer alle dadurch entstehenden Mehrfrachten und dergleichen zu ersetzen.

Für Lieferungen mit der Eisenbahn gelten im übrigen die Bestimmungen des "Abkommens über den internationalen Eisenbahngüterverkehr (SMGS)" vom 1. Januar 1954.

§ 3 Lieferungen auf dem Wasserwege werden unter den Bedingungen fob, c & f oder cif des im Vertrag vorgesehenen Hafens durchgeführt.

Die Lieferungen im Binnenschifffahrtswege werden franke Staatsgrenze des Verkäuferlandes durchgeführt.

§ 4 Lieferungen auf dem Luftwege werden unter den Bedingungen fob des im Vertrage vorgesehenen Lufthafens des Verkäuferlandes durchgeführt.

Das Eigentumsrecht und die Schadensgefahr hinsichtlich der Ware gehen vom Verkäufer auf den Käufer über in dem Augenblick, wenn die Ware die Schwelle der Ladeluke des Flugzeuges überschritten hat.

§ 5 Lieferungen auf dem Postwege werden unter den Bedingungen portofrei Empfänger durchgeführt.

§ 6 Die Lieferklauseln werden in Übereinstimmung mit den Incoterms 1953 ausgelegt, ausgenommen die Klausel "franko Staatsgrenze", auf welche die Incoterms 1936 Anwendung finden.

- 4 -

Dokumente, die die Ware begleiten

§ 7 Bei Beförderung mit der Eisenbahn, auf dem Wasserwege oder dem Luftwege sind dem Originaleisenbahnfrachtbrief, dem Komnossement bzw. dem Luftfrachtbrief folgende Dokumente beizugeben:

Packliste mit Gewichtsangaben (Brutto und Netto)	1-fach
Kopie der Wahrungsfaktura (sofern dies im Vertrag vorgesehen ist)	1-fach
Kopie des Qualitäts- oder Prüfungs- zertifikates (sofern dies im Vertrag vorgesehen ist)	1-fach
Kopie des Analysenzertifikates (sofern dies im Vertrag vorgesehen ist)	1-fach
Genaue Warenspezifikation lt. Kollid, den Transport-, Zoll- und Übernahm��wecken entsprechend	1-fach

Lieferfrist und -datum

§ 8 Konkrete Lieferfristen werden im Vertrag festgelegt. In der Regel sind monatliche Liefertermine zu vereinbaren.

§ 9 Als Datum der Warenlieferung mit der Eisenbahn gilt das Datum des Stempels der Eisenbahngrenzstation oder der Zollstelle des Käuferlandes auf dem Eisenbahnfrachtbrief.

Als Datum der Warenlieferung auf dem Wasserwege gilt das Datum des Komnossements.

Als Lieferdatum bei Beförderung auf dem Binnenschifffahrtswege gilt das Datum des Stempels des Grenzamtes des Verkäuferlandes auf dem Transportdokument.

- 5 -

Als Datum der Warenlieferung auf dem Luftwege gilt das Datum des Luftfrachtbriefes. Als Datum der Warenlieferung auf dem Postwege gilt das Datum auf dem Posteinlieferungsschein.

Sofern seitens des Käufers dem Verkäufer zu dem im Vertrag vorgesehenen Termin die Versandinstruktionen nicht erteilt werden, gilt als Datum der Lieferung das Datum der Spediteurübernahmebescheinigung.

Der Verkäufer ist jedoch nur in dem Falle zur Übergabe der Ware an den Spediteur berechtigt, wenn er zu dem im Vertrag vorgesehenen Termin dem Käufer die Versandbereitschaft der Ware angemeldet hat und die Lieferung zum ursprünglich vertraglich vereinbarten Liefertermin ohne jedweden Verzug erfolgt, bzw. wenn der Käufer sein Einverständnis zur Verlegung des Liefertermins gegeben hat.

- § 10 Für Teillieferungen können im Vertrag Zwischenlieferfristen bzw. -termine vereinbart werden.
- § 11 Wenn der Käufer nicht rechtzeitig alle Angaben dem Verkäufer vorlegt, die er laut Vertrag vorzulegen hat, und wenn in Verbindung damit wesentliche Schwierigkeiten in der Arbeit des Verkäufers auftreten, so kann die Lieferfrist verlängert werden, aber nicht länger als die erfolgte Verzögerung, worüber der Verkäufer den Käufer rechtzeitig schriftlich in Kenntnis zu setzen hat.

Der Käufer ist verpflichtet, dem Verkäufer die erforderlichen Versandinstruktionen zu den im Vertrag festgelegten Fristen schriftlich mitzuteilen.

Falls der Verkäufer die Ware ohne Einwilligung des Käufers vor dem im Vertrag festgelegten Termin auf den Weg bringt, ist er für sämtliche Spesen und das Risiko, die für den Käufer in Verbindung mit der vorzeitigen Absendung der Ware entstehen, verantwortlich.

- 6 -

§ 12 Unvorhergesehene Umstände, für die der Verkäufer nicht verantwortlich ist, verschieben die Lieferfrist entsprechend nur in dem Falle, wenn diese Umstände einen wesentlichen Einfluß auf die rechtzeitige Erfüllung des gesamten Auftrages bzw. auf den Teil des Auftrages haben werden, der nach dem Eintreten dieser Umstände zu liefern ist und wenn der Käufer unverzüglich durch den Verkäufer über diese Umstände unter Beibringung der Beweise benachrichtigt wird. Der Verkäufer ist ebenfalls verpflichtet, unverzüglich den Käufer über die Beseitigung der Hindernisse Mitteilung zu machen. Wenn die genannten unvorhergesehenen Umstände für Waren, deren Lieferfristen ein Jahr nicht überschreiten, länger als 6 Monate dauern, oder für Waren, deren Lieferfristen auf über 12 Monate festgelegt sind, länger als 9 Monate andauern, werden, ist der Käufer berechtigt, den Auftrag zu annullieren. Dabei ist der Verkäufer verpflichtet, dem Käufer die vom letzteren geleisteten Zahlungen mit einer Anrechnung von 2 % Jahreszinsen zurückzuerstatten.

§ 13 Bei Ausschuß wichtiger großer Schmiede- und Gußteile ist der Verkäufer verpflichtet, alles mögliche zu unternehmen, um den Ersatz auf die kürzeste Zeit zu beschränken. Eine Verlängerung der Lieferfrist um die zum Ersatz notwendige Zeit erfolgt nach Vereinbarung mit dem Käufer, soweit die Tatsache des angeführten Ausschusses in Guß durch eine Akte bewiesen worden ist und diese nicht das Verschulden des Verkäufers bzw. entsprechend seines Zulieferers waren und der Verkäufer den Beweis erbringt, daß von ihm die notwendige Sorgfalt an den Tag gelegt wurde.

Ein nochmaliger Ausschuß der Schmiede- und Gußteile berechtigt nicht zur Verlängerung der Lieferfrist.

- 7 -

- § 14 Bei Verträgen über Lieferungen von kompletten Anlagen und großen Einrichtungen sind die Lieferungen der Baugruppen bzw. Abschnitte so zu erbringen, daß die Kontinuität der Montage-durchführung in einer Reihenfolge ermöglicht wird, die die stufenweise Inbetriebnahme der Anlage bzw. Abschnitte ge-währleistet.

Die genaue Lieferreihenfolge der Baugruppen bzw. der einzel-nen Abschnitte ist in den Verträgen festzulegen.

Falls die im Vertrag festgelegte Lieferreihenfolge durch den Verkäufer nicht eingehalten wird, steht dem Käufer das Recht zu, die Bezahlung der außer der Reihe gelieferten Waren solange zu verweigern, bis die richtige Reihenfolge wieder hergestellt ist. Die Bezahlung der nicht in der vorgesehenen Reihenfolge durchgeführten Lieferungen kann jedoch zwischen beiden Part-nern vereinbart werden.

Warenmenge

- § 15 Die Menge und/oder das Gewicht der gelieferten Ware ergeben sich:
- a) bei der Beförderung mit der Eisenbahn aus den bahn-antlichen Feststellungen des Verkäuferlandes im Fracht-brief,
 - b) bei der Beförderung auf dem Wasserwege oder auf dem Binnenschifffahrtswege aus dem Konnossement,
 - c) bei der Beförderung auf dem Luftwege aus dem Luft-frachtbrief,
 - d) bei der Beförderung auf dem Postwege aus dem Post-einlieferungschein,
 - e) aus der Spediteurübernahmebescheinigung in den Fällen gemäß Paragraph 9.

- 8 -

- 8 -

Güte der Ware

- § 16 Die Güte der Ware muß den im Vertrag vorgesehenen technischen Bedingungen bzw. dem Standard (mit Angabe der Nummer und des Datums des Standards) entsprechen, und muß durch ein entsprechendes Dokument, das im Vertrag aufgeführt ist, bestätigt sein.
- § 17 Vervollständigungen, die mit konstruktiven Änderungen verbunden sind, können - falls solche nach Vertragsabschluß vorgeschlagen werden - nur nach Vereinbarung der Parteien in den Vertrag aufgenommen werden.
- § 18 Vereinbarte Spezifikationen des Gewichtes der Ausrüstung müssen mit der ihnen entsprechenden Genauigkeit eingehalten werden. Die Bedingungen für evtl. Toleranzen und Normen der Abweichung von ihnen sowie für das Recht des Käufers, bei Verletzung dieser Toleranzen, Preisermäßigungen zu erhalten, bzw. den Vertrag zu annullieren, werden in den Verträgen vorgesehen.

Benachrichtigungen über Lieferungen

- § 19 Der Verkäufer ist verpflichtet, den Käufer und die im Vertrag vorgesehenen Institutionen über die Verladung der Ware telegrafisch zu verständigen und die gemeldeten Angaben innerhalb der im Vertrag festgelegten Frist schriftlich zu bestätigen.

In diesem Avis müssen angegeben sein:

Vertragsnummer bzw. Nummer des Auftrages des Käufers und EA-Nr.,

Tag und Ort der Verladung bzw. der Übergabe an den Spediteur, falls eine Übergabe an den Spediteur zwischen den Vertragspartnern vereinbart wurde,

Art der Ware,

Anzahl und Art der Kolli,

- 9 -

- 9 -

Bruttogewicht,
Nettogewicht,
Waggonnummer,
Nummer des Eisenbahnfrachtbriefes

und andere Angaben, soweit sie im Vertrag vereinbart sind.
Eine Kopie des Avises muß der Verkäufer gleichzeitig dem Handelsrat des Käuferlandes übergeben.

§ 20 Bei Lieferungen unter den Bedingungen fob ist der Verkäufer verpflichtet, den Käufer innerhalb der im Vertrag vorgesehenen Frist über die Versandbereitschaft der Ware telegrafisch zu benachrichtigen.

Nach Erhalt einer solchen telegrafischen Mitteilung vom Verkäufer ist der Käufer verpflichtet, dem Verkäufer innerhalb von 7 Tagen telegrafisch eine Mitteilung über die Anlieferungsfrist der Ware im Verladehafen zu machen, wobei die Frist nicht weniger als 15 und nicht mehr als 30 Tage vom Absenddatum der genannten telegrafischen Benachrichtigung an den Verkäufer betragen darf.

§ 21 Beim Versäumnis der Tonnagebereitstellung trägt der Käufer mit Ablauf von 21 Tagen nach dem Eintreffen der Ware im Verladehafen die Kosten für die dort erforderliche Aufbewahrung unter Einhaltung der in § 20 genannten Anlieferungsfrist.

Nach Ablauf von 21 Tagen vom Datum der Warenlieferung in den Hafen hat der Verkäufer das Recht, die Aufbewahrung der Ware auf den Namen, auf Rechnung und Risiko des Käufers zu übertragen, worüber der letztere umgehend benachrichtigt werden muß. In diesem Falle ersetzt der Käufer auch die zusätzlichen Ausgaben, die nach Verlauf von 21 Tagen bei der Umladung der Ware ins Lager und vom Lager an Bord des Schiffes entstanden sind.

- 10 -

Mit der Aufbewahrung im Hafen kann nur ein Lager oder eine Organisation beauftragt werden, die befugt sind, Lagerbescheinigungen auszustellen.

Das Datum der Lagerbescheinigung gilt als Datum der Erfüllung der Lieferung und in diesem Falle wird die Lagerbescheinigung als Grundlage für die Bezahlung der Ware dienen; der Verkäufer wird jedoch nicht von der Verpflichtung entbunden, die Ware vom Lager an Bord des Schiffes zu bringen.

§ 22 Falls der Verkäufer gemäß dem Vertrag die Tonnage bereitzustellen hat, ist der Käufer verpflichtet, dem Verkäufer 55 Tage vor Beginn der Lieferfrist den Bestimmungshafen für die Ware mitzuteilen, und der Verkäufer ist verpflichtet, 7 Tage vor der Verladung der Ware den Käufer telegrafisch über die voraussichtliche Verladung zu benachrichtigen, wobei er die Bezeichnung des Schiffes, das Datum seiner vorgemerkten Abfahrt nach dem Bestimmungshafen, die Güterbezeichnung, die Kollizahl und/oder das ungefähre Gewicht anzugeben hat, und die mitgeteilten Angaben durch ein Schreiben bestätigen muß.

Der Verkäufer ist verpflichtet, dem Käufer nach der Verladung innerhalb der im Vertrag festgelegten Fristen das Datum der Abfahrt des Schiffes, den Bestimmungshafen, die Güterbezeichnung, die Kollizahl bzw. das Gewicht telegrafisch mitzuteilen und diese Angaben durch ein Schreiben zu bestätigen.

In diesem Schreiben müssen angegeben werden: Art der Ware, die Nummer des Auftrages des Käufers, die Nummer der Position, die Kollizahl, das Bruttogewicht, das Nettogewicht und andere Angaben, die im Vertrag vereinbart sein können.

Im Vertrag können Sanktionen für die Nichterfüllung dieser Bestimmungen vorgesehen werden.

- 11 -

Verpackung und Markierung

§ 23 Falls im Vertrag keine besonderen Hinweise bezüglich der Verpackung enthalten sind, so hat die je nach der Art der Ware erforderliche Verpackung so zu erfolgen, daß Beschädigungen während der Beförderung und Umladung bei entsprechender und üblicher Behandlung der Ladung vermieden werden. Dabei sind in entsprechenden Fällen die besonderen Bedingungen bzw. die Dauer der Beförderung zu berücksichtigen. Im übrigen hat bei Eisenbahntransporten die Verpackung den Vorschriften des Abkommens über den internationalen Eisenbahngüterverkehr (SMGS) vom 1. Januar 1954 zu entsprechen.

§ 24 Jedes Kollo muß, sofern es notwendig ist, mit der erforderlichen Markierung versehen sein, und zwar:

- a) mit den gemäß den im SMGS vom 1. Januar 1954 vorgeschriebenen Angaben,
- b) mit der Warenmarkierung (Nr. des Vertrages bzw. des Auftrages des Käufers lfd. Nummer des Kollo, Bruttogewicht, Nettogewicht, Bezeichnung und Sorte der Ware usw.)
- c) mit der speziellen Markierung, wenn es die Warenart erfordert.

Jeder Waggon muß mit einer Spezifikation der sich darin befindlichen Ladung versehen sein und jedem Kollo muß ein ausführliches Inhaltsverzeichnis beigelegt werden.

In den Verträgen kann auch die Zusendung zusätzlicher Exemplare dieser Dokumente vereinbart werden. Im Vertrag können für die Nichteinhaltung dieser Bedingungen Sanktionen vorgesehen werden.

- 11 -

Anlagen zum Vertrag

- § 25 Wenn den Vertrag besondere Lieferbedingungen bzw. technische Bedingungen sowie Bedingungen für die Prüfung, Spezifikationen, Verpackungs-, Markierungs- und Verladeanweisungen beigelegt werden, so gelten diese als Bestandteil des Vertrages und sind verbindlich.

Beim Fehlen solcher Bedingungen gelten die im Lande des Verkäufers für gleichartige Waren bestehenden üblichen Bedingungen.

- § 26 Soweit für die Herstellung der zu liefernden Waren Zeichnungen, Unterlagen usw. des Käufers erforderlich sind, oder ein Austausch solcher Unterlagen zwischen beiden Partnern notwendig ist, ist in den Verträgen der genaue Zeitpunkt der Übergabe dieser Unterlagen festzulegen.

Eine verspätete Übergabe solcher Unterlagen durch den Käufer berechtigt den Verkäufer zur entsprechenden Verlängerung des Liefertermins.

Eine verspätete Übergabe solcher Unterlagen durch den Verkäufer berechtigt nicht zur Verlängerung des Liefertermins.

Technische Dokumentation

- § 27 Der Verkäufer ist verpflichtet, dem Käufer folgende technische Dokumentation in 3-facher Ausfertigung zuzustellen. Der genaue Zeitpunkt der Zustellung wird beim Vertragsabschluss vereinbart. Bei Nichtserienmaschinen hat die Zustellung jedoch mindestens 2 Monate vor dem vertraglich vereinbarten Liefertermin zu erfolgen.

- 13 -

- a) genauen Lieferungsumfang mit Aufstellung des Werkzeugsetzes und Normalzubehörs, Spezifikation des bestellten Sonderzubehörs, Zusatzeinrichtungen, Ersatzteile mit Angabe der Einzelpreise und Einzelgewichte;
- b) Vollständige technische Dokumentation in polnischer oder deutscher, englischer bzw. französischer Sprache, enthaltend die Bedienungsanweisung einschließlich Inbetriebsetzung, Wartung und Überholung sowie die genaue Beschreibung und Charakteristik des Liefergegenstandes mit Angabe der technischen Normen, Haupt- und Aussendimensionen, Schemas, Zeichnungen, Fotos, Beschreibungen und Instruktionen bei Notwendigkeit für:
 - die Errichtung der Fundamente,
 - Aufstellung samt Antriebs-, Anschluß- und Steuerungseinrichtungsschemas,
 - für die gefahrlose und hygienische Arbeit usw,
 - des bestellten Gegenstandes,
- c) Ersatzteilkataloge
- d) Werkstattzeichnungen über schnellverschleißbare Teile
- e) Einbauschema und Spezifikation aller eingebauten Wälzlager
- f) Texte der Aufschriften und Kennschilder, die an dem Liefergegenstand angebracht werden, von denen ein Exemplar dem Lieferanten nach Übersetzung ins Polnische zurückgesandt wird zwecks Ausführung der Beschriftung am Liefergegenstand in polnischer Sprache,
- g) Erklärung, (falls erforderlich, Gabaritzzeichnungen) ob der zu liefernde Gegenstand oder seine Teile die internationalen Begrenzungslinien der Eisenbahnwagen überschreiten und in bejahendem Falle um wieviel.
- h) Bei Anforderung gesonderte Aufstellungen der nach Erfahrung des Lieferanten benötigten Ersatzteile bei:
 - 1. Arbeitsdauer von 2.000 Stunden,
 - 2. Normaler Überholung,
 - 3. Generalüberholung

- 16 -

Bei Lieferungen von kompletten Anlagen ist die technische Dokumentation in früheren Terminen zuzustellen. Die genauen Termine der Zustellung der Dokumentation sind in den Verträgen festzusetzen.

Die technische Dokumentation bei Teillieferungen sowie bei Lieferungen von einzelnen Baugruppen und Abschnitten ist in einer solchen Frist vor dem für diese Lieferungen vertraglich festgesetzten Liefertermin dem Käufer zuzustellen, die für die ganze Dokumentation verpflichtend ist. Die genauen Termine der Zustellung sind in den Verträgen festzulegen.

Auf Wunsch des Käufers ist der Verkäufer verpflichtet, diesem die Aufstellungsdokumentation, die Zusammenstellungszeichnung der gelieferten Einrichtung, die die notwendigen Toleranzen und Montageausmaße darstellt, ferner die Werkstattzeichnungen für die sich schnellabnutzenden Teile zuzustellen. Die Aufstellung dieser Teile wird im Vertrag vereinbart.

Bei Lieferungen von Maschinen und Einrichtungen ist der Verkäufer verpflichtet, die Bedienungsanweisung in einer Zahl zu liefern, die der Zahl der kontrahierten Maschinen und Einrichtungen entspricht.

In der technischen Dokumentation müssen die entsprechenden Nummern des Auftrages und der Lieferanordnung (Kommissions-Nr. und Nummer der Lieferorder) angeführt sein.

Im Vertrag oder in den einzelnen Anlagen müssen auch die technischen Daten (technische Dokumentation) angegeben sein, die zugleich mit den Waren abgeschickt werden müssen. Diese technischen Daten müssen in wasserdichtes Papier oder auf andere Art so verpackt werden, daß sie vor Beschädigungen beim gemeinsamen Transport mit der Ware geschützt sind.

Wenn der Verkäufer das ausschließliche Recht auf die angegebene technische Dokumentation besitzt, so darf der Käufer diese technische Dokumentation nur innerhalb seines Landes an staatlichen, kommunalen oder genossenschaftlichen Betrieben oder Unternehmen zur Wartung,

- 15 -

Pflege oder Reparatur der gelieferten Waren benutzen, bzw. benutzen lassen.

Im übrigen bleibt das ausschließliche Recht auf diese technische Dokumentation dem Verkäufer erhalten. Im Falle der Annullierung des Vertrages muß die technische Dokumentation, die dem Käufer durch den Verkäufer übergeben wurde, auf Verlangen des Verkäufers diesem innerhalb von 3 Monaten, gerechnet vom Tage der Annullierung des Vertrages, zurückgegeben werden.

Wenn ein Auftrag auf der Grundlage der technischen Dokumentation des Käufers durchgeführt wird, verpflichtet sich der Verkäufer im Falle der Annullierung des Vertrages, dem Käufer die von ihm erhaltene technische Dokumentation zurückzugeben und sie nicht direkt oder durch Übergabe an andere Personen zu benutzen oder benutzen zu lassen mit Ausnahme der Fälle, in denen eine besondere Vereinbarung zwischen den Partnern getroffen wurde.

Prüfung

§ 28 Der Verkäufer ist verpflichtet, bis zum Liefertermin die Waren entsprechend den vereinbarten Prüfungsbedingungen auf seine Kosten der Prüfung zu unterziehen. Im Falle des Fehlens solcher vereinbarten Bedingungen ist die Prüfung entsprechend den üblichen Prüfungsbedingungen, die in dem betreffenden Industriezweig des Landes des Verkäufers bestehen, durchzuführen.

Die der Prüfung zu unterziehenden Gegenstände dürfen nicht angestrichen sein, mit Ausnahme derjenigen Fälle, wo der Anstrich auf die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfung keinen Einfluß hat.

Bei Warenbestellung aus der Serienproduktion oder beim Kauf ab Lager werden, falls andere Bedingungen im Vertrag oder Auftrag fehlen, die Überprüfungen nach den allgemein gültigen Vorschriften im Stichprobenverfahren durchgeführt.

Der Verkäufer der Ware ist verpflichtet, vom Hersteller für eine Prüfungsprotokoll oder Zertifikat abfassen zu lassen und dem Käufer zu übergeben, welches die wesentlichen Einzelheiten und Ergebnisse der Prüfung enthält. Dabei muß im Prüfungsprotokoll bestätigt sein, daß die Ware den Vertragsbedingungen entspricht und keine Mängel hat.

- § 29 Nach Übereinstimmung der Parteien kann im Vertrag dem Käufer das Recht vorbehalten werden, in den entsprechenden Betrieben und Lagern des Verkäufers durch eigene Inspektoren den erfolgreichen Verlauf der Herstellung und Vorbereitung, der Übergabe der Waren sowie deren Qualität und auch möglichenfalls die Qualität der Materialien, die bei der Erzeugung der Waren verwendet wurden, inspizieren zu lassen, wobei der Verkäufer den Inspektoren des Käufers kostenlos den notwendigen Raum, die Ausrüstung und Instrumente zur Verfügung stellt, die im Werk des Verkäufers verwendet werden und die die Inspektion in Übereinstimmung mit den technischen Bedingungen des Vertrages gewährleisten.

Dem Käufer steht das Recht zu, die qualitative Übernahme durch seinen hierzu bevollmächtigten Beauftragten vor dem Versand der Ware durchzuführen.

Die technische Abnahmebereitschaft ist dem Käufer seitens des Verkäufers mindestens 6 Wochen vor dem Abnahmeterrn telegrafisch bekanntzugeben. Die zur technischen Kontrolle und Abnahme erforderlichen Hilfskräfte, Materialien, ~~Werk-~~instrumente, Energie usw. stellt der Verkäufer dem Beauftragten des Käufers kostenlos zur Verfügung.

Die Unterhaltskosten des Beauftragten gehen zu Lasten des Käufers.

Wenn der Beauftragte des Käufers auf den Bestimmungen des Vertrages basierende Einwendungen erhebt, ist der Verkäufer verpflichtet, den Mangel in kürzester Zeit zu beseitigen.

- 17 -

Falls der Käufer im Sinne der Bestimmungen dieses Artikels von der technischen Abnahmebereitschaft verständigt worden ist und im Abnahmetermine zur Abnahme nicht oder verspätet erscheint, so hat er alle Kosten zu tragen, die bei ordnungs- und fristgemäßer Durchführung der Abnahme und bei termingemäßer Lieferung laut Vertrag nicht entstanden wären. Diese Kosten sind zwischen den Partnern zu vereinbaren.

Sofern die Ware den Vertragsbedingungen entspricht und keine Mängel aufweist, gibt der Vertreter des Käufers dem Verkäufer die Einwilligung, die Ware zu verladen, wonach der Verkäufer das Recht hat, die Ware entsprechend dem Vertrag bzw. den Instruktionen des Käufers nach dem Bestimmungsort zu versenden. Durch die Einwilligung in die Verladung wird der Verkäufer von der Verantwortlichkeit, die im Abschnitt "Garantie" vorgesehen ist, nicht befreit.

Falls der Käufer auf die qualitative Abnahme vor Versand der Ware verzichtet, ist die Ware mit dem Attest des staatlichen Kontrollamtes bzw. Unternehmens abzuliefern; zwei Exemplare des Attestes sind jeder auszuliefernden Ware beizufügen.

Kann die Abnahme in dem Lieferwerk nicht erfolgen, so wird sie am Bestimmungsort durchgeführt. Alle damit in Verbindung stehenden Fragen sind vertraglich zu vereinbaren.

- § 30. Wenn die Vertragsbedingungen infolge der Besonderheiten der Ware (Ausrüstung, Maschinen usw.) oder anderer Umstände die Prüfung der im Vertrag vorgesehenen Leistungsfähigkeit am Ort der Montage im Lande des Käufers erfordern, so wird diese Prüfung in vollem Umfang oder teilweise am Ort der Montage der Ware im Lande des Käufers durchgeführt. Die Form und die Fristen der Durchführung solcher Prüfungen müssen im Vertrag festgelegt werden.

- 18 -

Montagebestimmungen

- § 31 a) Der Verkäufer ist verpflichtet, wenn es sich erforderlich macht, daß die Montage vom Lieferwerk durchgeführt wird, die entsprechenden und ausreichenden Fachkräfte zur Durchführung der Montage bei rechtzeitiger Anmeldung zu stellen.
- b) Wenn der Verkäufer laut Vertrag die Montage der gelieferten Waren oder Einrichtungen vorzunehmen hat, so finden hierfür die zwischen den Aussenhandelsministerien beider Länder vereinbarten "Allgemeinen Bedingungen für die Entsendung von Fachkräften zu Montagen und zur technischen Hilfe" Anwendung, die einen untrennbaren Bestandteil dieses Abkommens bilden. (Anlage 3)
- c) Wenn der Verkäufer laut Vertrag zur Ausführung einer Montage verpflichtet ist, so hat er die notwendige Anzahl von Fachkräften unter einer verantwortlichen Leitung nach dem Montageort zu entsenden.
Die Zusammensetzung der Montagegruppe und der Termin von deren Ankunft am Montageort sind im Vertrag zu vereinbaren.
- d) Auf Verlangen und auf Kosten des Käufers ist der Verkäufer verpflichtet, an den Montageort Spezialisten zu entsenden und erforderlichenfalls für einen angemessenen Zeitraum dort zu belassen, damit diese das Personal des Käufers mit der Wirkungsweise und der Unterhaltung der gelieferten Maschinen oder Einrichtungen vertraut machen und schulen. Darüber hinaus ist der Verkäufer verpflichtet, das für Überholungen und Revisionen notwendige Fachpersonal auf Kosten des Käufers zu entsenden.

Garantien

- § 32 Der Verkäufer ist im Verlaufe einer vereinbarten Garantiefrist für die Qualität der Ware verantwortlich, insbesondere für die technisch einwandfreie, zweckentsprechende Konstruktion (wenn es sich um eine Ausrüstung handelt, um Maschinen usw., die nicht nach den Zeichnungen des Käufers angefertigt worden sind) für die angegebene,

- 19 -

einwandfreie Leistung, für fehlerfreies Material, für solide und sachgemäße Ausführung.

§ 33 Es werden folgende Garantieseiten festgelegt:

- a) für Gegenstände der Feinmechanik, Meßgeräte, optische Erzeugnisse und Instrumente - 9 Monate, gerechnet vom Tage der Lieferung,
- b) für Maschinen und Apparate der Serienproduktion, für kleinere und mittlere Anlagen - 12 Monate, gerechnet vom Tage der Inbetriebsetzung, jedoch nicht mehr als 15 Monate, gerechnet vom Tage der Lieferung,
- c) für große Maschinen und komplette Anlagen - 12 Monate, gerechnet vom Tage des Übernahmeprotokolls (Kollaudation) oder der Inbetriebsetzung. Falls die Kollaudation, Inbetriebsetzung oder Erlangung der vertragsmäßig festgelegten Leistung aus Verschulden des Verkäufers nicht erreicht werden kann, verlängert sich entsprechend die Garantiefrist, es sei denn, zwischen beiden Partnern ist eine anderweitige Einigung erfolgt.

Für komplette Werke und Anlagen können längere Garantieseiten in den Verträgen festgelegt werden. Für Ausrüstungen und Materialien, die nicht im vorliegenden Punkte erwähnt sind, sowie für das rollende Material der Eisenbahn werden ebenfalls konkrete Garantieseiten in den Verträgen festgelegt.

§ 34 Wenn sich im Verlaufe der Garantieseit eine Ware als mangelhaft erweist, oder es sich herausstellt, daß sie den Vertragsbedingungen nicht entspricht, ist der Verkäufer auf Verlangen des Käufers verpflichtet, die zu Tage tretenden Mängel ohne Verzug auf seine Kosten zu beseitigen, unabhängig davon, ob die Mängel bei der Prüfung im Werke des Verkäufers festgestellt werden konnten, oder nicht.

Die Beseitigung der Mängel kann entweder durch Ausbesserung oder durch Ersatz des mangelhaften Gegenstandes vorgenommen werden.

- 20 -

Die Lieferung der auszuwechselnden Gegenstände erfolgt franko Staatsgrenze des Käufers. Die Auswechslung großer Gegenstände bei Lieferung oder notwendig gewordenen große Reparatur- und Montagearbeiten werden auf Verlangen des Käufers durch Spezialisten des Verkäufers ausgeführt.

ausgewechselte mangelhafte Waren werden dem Verkäufer auf sein Verlangen nicht später als 6 Monate nach der Auswechslung zurückgegeben und ihm franko Staatsgrenze des Käufers geliefert.

Wenn der Verkäufer die gemeldeten Mängel auf Verlangen des Käufers in einer vom letzteren festgesetzten Frist nicht beseitigt, hat der Käufer berechtigt, ohne Verlust seiner Garantierichte die Mängel selbst auf Kosten des Verkäufers zu beseitigen, wobei der Verkäufer verpflichtet ist, die Reparatur in Höhe der normalen tatsächlichen Kosten zu bezahlen. Kleinere Mängel, die keinen Aufschub zulassen, und deren Beseitigung die Teilnahme des Verkäufers nicht erfordert, werden unter Anrechnung der normalen, tatsächlichen Kosten zu Lasten des Verkäufers durch den Käufer beseitigt, jedoch gehen evtl. Schäden, die durch eine unsachgemäße Reparatur entstehen, zu Lasten des Käufers.

Der Käufer ist berechtigt, Schadenersatz zu beanspruchen, falls der Verkäufer die Beseitigung eines von ihm zu vertretenden Mangels in einem vereinbarten Zeitraum nicht durchführt, die Ausbesserung bzw. die Beschaffung eines geeigneten Ersatzstückes unmöglich ist oder die Inbetriebnahme der Einrichtung in dem im Vertrag vorgesehenen Termin aus Verschulden des Verkäufers nicht stattfindet. Die Höhe des Schadenersatzes ist zwischen den Partnern zu vereinbaren.

- § 35 Im Falle des Ersatzes oder der Reparatur mangelhafter Teile verlängert sich die Garantiefrist um den Zeitpunkt, der für die Auswechslung bzw. Reparatur des mangelhaften Teiles benötigt wurde.

- 21 -

§ 36 Bei Lieferungen nichttypischer Einrichtungen, kompletter Anlagen sowie Einrichtungen, die durch das Personal des Verkäufers montiert werden, erfolgt die Zahlung nur in Höhe von 90 % des Wertes der jeweiligen Lieferung. Die restlichen 10 % sind nach Inbetriebsetzung und Übernahme (Kollaudation) der gelieferten Einrichtung zahlbar.

Reklamationen

§ 37 Reklamationen können erhoben werden:

a) Wenn die Qualität der Ware den vertraglichen Vereinbarungen nicht entspricht. Jedoch ist der Verkäufer für die Veränderung der Qualität oder den Verderb der Ware sofern diese Veränderung der Qualität bzw. der Verderb der Ware nach dem Übergang über die Landesgrenze des Verkäufers oder nach Übergang an Bord des Schiffes bzw. Flugzeuges erfolgten und der Verkäufer an der Veränderung der Qualität bzw. an dem Verderb der Ware keine Schuld trägt, nicht verantwortlich.

b) Wenn die Menge und/oder Spezifikation nicht mit den vertraglichen Vereinbarungen bzw. den Angaben in den Packlisten und/oder Versanddokumenten übereinstimmen. Wird ein Mangel in der Spezifikation und/oder Menge bei Grenzübergang von Waren festgestellt, die nach den Gewichtsangaben des Absenders verladen worden sind, so muß die in einem solchen Falle verfaßte zweiseitige kommerzielle Akte als Dokument anerkannt werden, das volle Beweiskraft besitzt.

Wird ein Mangel in der Menge und/oder Spezifikation bei solchen Waren erst nach Grenzübergang festgestellt, so muß ein entsprechendes, wenn möglich amtliches Feststellungsprotokoll angefertigt werden, aus welchem die Art, der Ort und der Zeitpunkt des Schadens ersichtlich sind.

§ 38 Reklamationen dürfen in Bezug auf die Menge der Ware nicht später als 3 Monate und in Bezug auf die Qualität der Ware nicht später als 6 Monate - gerechnet von Lieferdatum - vorgebracht werden.

Für Waren, für die eine Garantiemit vorgesehen ist, dürfen Reklamationen hinsichtlich der Qualität nicht später als 30 Tage nach Ablauf der Garantiemit erhoben werden, die entweder durch die vorliegenden "Allgemeinen Bedingungen" oder durch einen Vertrag festgelegt sind.

In dem Reklamationsanspruch muß die Menge und die Art der Ware angegeben werden, die in Bezug auf die Qualität und/oder Menge nicht den Vertragsbedingungen entspricht, außerdem die Begründung des Anspruches sowie die konkreten Forderungen des Käufers. Der Anspruch ist durch eingeschriebenen Brief unter Beifügung aller die Reklamation bestätigenden Unterlagen geltend zu machen.

Bei Nichterhebung von Reklamationen zu den oben angeführten Fristen verliert der Käufer nicht das Recht, sich nach Ablauf der Garantiemit in Übereinstimmung mit Paragraph 54 der vorliegenden "Allgemeinen Bedingungen" an das Schiedsgericht zu wenden.

§ 39 Bei schlechter Qualität hat der Käufer das Recht, vom Verkäufer entweder eine Herabsetzung des Preises oder aber den Ersatz der mangelhaften Ware zu verlangen. Der Verkäufer hat das Recht, vom Käufer die Rückgabe der mangelhaften Ware zu verlangen, wobei die Kosten für deren Rückgabe von der Leistungsgrenze des Käufers an vom Verkäufer getragen werden.

§ 40 Die Reklamation einer Teillieferung gibt dem Käufer nicht das Recht, die Annahme der in Rahmen des Vertrages vorgesehenen weiteren Teillieferung zu verweigern.

Das Zahlungsverfahren

§ 41 Die Zahlungen für gelieferte Waren erfolgen von der Bank des Verkäuferlandes gegen Vorlage folgender Dokumente durch den Verkäufer:

1. Faktura, aus der die Bezeichnung des betreffenden zwischenstaatlichen Abkommens und die Vertragsnummer sowie die Positionsnummer des Kontingentes hervorgehen 3-fach
2. Eisenbahnfrachtbriefduplikat mit dem Stempel der Versandstation oder je nach Art der Warenbeförderung Konnossement, Posteinlieferungsschein, Luftfrachtbrief, Expressguteinlieferungsschein, Spediteurübernahmebescheinigung:
 - a) bei Sammelladung ist die Einwilligungserklärung des Käufers der Bank mit vorzulegen,
 - b) im Paragraph 9 genannten FalleLagerscheine nur in den im § 21 genannten Fällen 1-fach
3. Spezifikationen, falls dies im Vertrag vorgesehen ist, 1-2-fach
4. Dokumente, die die Qualität der Ware bescheinigen, falls dies im Vertrag vorgesehen ist, 1-2-fach
5. Andere Dokumente, deren Vorlage im Vertrag ausdrücklich festgelegt wurde, 1-2-fach

§ 42 Die Bank des Verkäuferlandes prüft die durch den Verkäufer vorgelegten Dokumente und leistet sofort Zahlung, wenn diese den Bedingungen des Vertrages entsprechen. Gleichzeitig mit der Durchführung der Zahlung belastet die Bank des Verkäuferlandes mit dem entsprechenden Betrage das Konto der Bank des Käuferlandes, wovon sie dieselbe unter Beifügung der durch den Verkäufer vorgelegten Dokumente mit einem speziellen telegrafischen Avis benachrichtigt.

- 24 -

Die Bank des Käuferlandes wird ihrerseits dem Käufer unverzüglich die erhaltenen Dokumente übersenden und ihn mit dem Gegenwert derselben Summe im Augenblick des Erhalts des Avises von der Bank des Verkäuferlandes belasten, sowie das Konto der Bank des Verkäuferlandes mit dem an den Verkäufer ausgezahlten Betrag erkennen.

Wenn anstelle eines beiderseitig unterzeichneten Vertrages die Lieferung aufgrund eines Auftrages des Käufers und der Bestätigung dieses Auftrages durch den Verkäufer erfolgt, kann die Zahlung aufgrund der seitens des Verkäufers vorgelegten, in § 41 aufgeführten Dokumente, sowie nach Feststellung durch die Bank des Verkäuferlandes, daß die Bedingungen der Bestätigung vollständig dem Auftrag entsprechen, geleistet werden.

Falls die Auftragsbestätigung mit dem Auftrag nicht übereinstimmt, kann die Zahlung gegen Vorlage eines schriftlichen Einverständnisses des Käufers durch den Verkäufer zur Durchführung der Änderung geleistet werden.

- § 43 Die Bank des Verkäuferlandes muß die Zahlung für Waren, die in einem früheren Termin, als im Vertrag vorgesehen, geliefert werden, durchführen, falls der Verkäufer, zusammen mit anderen Dokumenten, ein schriftliches Einverständnis des Käufers für die vorzeitige Lieferung vorlegt.
- § 44 Falls die Warenlieferung vor Abschluß des Vertrages erfolgt, kann die Zahlung seitens der Bank des Verkäuferlandes gegen Vorlage der in § 41 angeführten Dokumente und des schriftlichen Einverständnisses des Käufers zu der Lieferung vor Vertragsabschluß erfolgen.
- § 45 Die Bank des Verkäuferlandes kann die Zahlung für Waren, die mit einer Verspätung, welche die in § 51 festgesetzte Frist übersteigt, durchführen, falls der Verkäufer die in § 41 angeführten Dokumente sowie ein schriftliches Einverständnis des Käufers zur Übernahme und Bezahlung der Ware vorlegt.

§ 46 Falls der Käufer nur zur Übernahme der vor dem im Vertrage festgelegten Termin gelieferten Waren sein schriftliches Einverständnis erteilt hat, so erfolgt die Zahlung zu dem im Vertrag festgesetzten Liefertermin.

§ 47 Der Käufer hat das Recht, binnen einer Frist von 10 Werktagen, gerechnet vom Tage der Gutschrift auf dem Clearingkonto der Bank seines Landes von dieser die Rückerstattung der erfolgten Bezahlung in voller Höhe oder teilweise zu fordern.

Die Rückerstattung der Zahlung in voller Höhe kann erfolgen, falls:

- a) die durch den Verkäufer vorgelegte Faktura eine nicht kontrahierte bzw. durch den Käufer nicht bestellte Ware betrifft,
- b) die Ware nicht an den im Vertrag oder in den Versandinstruktionen bezeichneten Bestimmungsort abgesandt wurde,
- c) die Ware bereits früher bezahlt wurde,
- d) nicht alle im Vertrag bzw. Auftrag vorgeschriebenen Dokumente beigebracht worden sind,
- e) die vorgelegten Dokumente nicht übereinstimmen und/oder diese keine Möglichkeit bieten, Menge, Art, Qualität und Wert der Ware festzustellen,
- f) die Einrichtung nicht komplett geliefert wurde, obwohl der Vertrag die Bezahlung nur für den Fall einer kompletten Lieferung vorsieht,
- g) in der Faktura die Einzelpreise nicht angegeben wurden, bzw. der Faktura die im Vertrag bzw. Auftrag vorgesehene Spezifikation nicht beigelegt wurde,
- h) in allen anderen im Vertrage vorgesehenen Fällen.

Eine teilweise Rückerstattung der Zahlung kann erfolgen, falls:

- a) die in der Faktura angeführten Preise, die im Vertrag festgesetzten Preise übersteigen bzw. in der Faktura Spesen angerechnet wurden, die im Vertrag nicht vorgesehen sind.

- 26 -

- b) Der Verkäufer neben der bestellten Ware in einer Partie auch noch vom Käufer unbestellte Ware zur Absendung geschickt hat,
- c) die Faktura oder die ihr beigelegten Dokumente Rechnungsfehler aufweisen,
- d) die eingesandten Dokumente miteinander nicht übereinstimmen (ungleiche Angaben in den Transportdokumenten, in der Faktura oder in der Spezifikation).

Bei Rückerstattung der Zahlung in voller Höhe oder teilweise ist der Käufer verpflichtet, der Bank seines Landes die nötigen Dokumente, aufgrund deren eine Rückerstattung - in Übereinstimmung mit den oben angeführten Bedingungen - gerechtfertigt und zulässig ist, vorzulegen.

Nach Feststellung, daß die oben genannten Bedingungen zutreffen und somit eine gänzliche oder teilweise Rückerstattung zulässig ist, benachrichtigt die Bank des Käuferlandes unverzüglich hiervon die Bank des Verkäuferlandes unter genauer Angabe der Gründe der Rückerstattung.

Gleichzeitig erkennt die Bank des Käuferlandes mit dem rückerstatteten Betrage das Konto des Käufers, wobei die Bank des Käuferlandes - bei vollständiger Rückerstattung des Betrages - sämtliche Dokumente der davon betroffenen Ware unter Rückbelastung des entsprechenden Kontos, der Bank des Verkäuferlandes zurücksendet.

Sämtliche Differenzen sind unmittelbar zwischen Käufer und Verkäufer zu klären.

Nach Erhalt des Avises belastet die Bank des Verkäuferlandes das Konto des Verkäufers mit dem betreffenden Betrage unter gleichzeitiger Gutschrift für Rechnung der Bank des Käuferlandes.

Nach Ablauf der oben angeführten 10-tägigen Frist hat der Käufer das Recht, seine Ansprüche nur unmittelbar beim Verkäufer anzumelden.

- 27 -

Nach Abstimmung der Differenzen zwischen dem Käufer und dem Verkäufer werden die Dokumente - in Übereinstimmung mit §§ 41 ff. dieser Allgemeinen Bedingungen - bezahlt.

Wenn die im Vertrag festgelegten Termine für die Lieferung einzelner Baugruppen oder Abschnitte nicht eingehalten werden, so hat der Käufer gemäß den Bestimmungen dieses Paragraphen das Recht, hinsichtlich der bezahlten Beträge für die bereits innerhalb dieser Baugruppen oder Abschnitte erfolgten Teillieferungen die Rückerstattung zu fordern.

Die endgültige Bezahlung erfolgt nach kompletter Auslieferung der betreffenden Baugruppen bzw. des Abschnittes.

Falls der Verkäufer nachweist, daß der Käufer die Rückvergütung in voller Höhe oder teilweise zu Unrecht gefordert hat, so hat er dem Verkäufer eine Konventionalstrafe in Höhe von 0,05 % des Betrages, den er sich zu Unrecht rückvergüten ließ, für jeden Tag, gerechnet vom Tage der Rückbelastung (Rückvergütung) bis zum Tage der endgültigen Bezahlung, zu zahlen.

Der Verkäufer muß innerhalb einer Frist von 10 Tagen, gerechnet vom Tage der Rückvergütung, beweisen, daß diese zu Unrecht gefordert worden ist.

Eine Zahlungsverweigerung des Schuldners ist als rechtmäßig anzusehen, wenn eine spätere Zahlung noch nach Klärung von Umständen erfolgt, die dem Schuldner bei der ersten Vorlage der Belege nicht bekannt sein konnten.

- § 48 Die mit dem gegenseitigen Warenverkehr verbundenen Nebenkosten sowie die Transport- und Speditionskosten, mit Ausnahme der Nebenkosten, die gemäß dem in §§ 41 bis 46 vorgesehenen Verfahren beglichen werden, werden vom Zahlungsverpflichteten binnen 20 Tagen vom Datum des Eintreffens des Inkassoauftrages bei der Bank seines Landes bezahlt.

- 28 -

Dem Zahlungsverpflichteten steht das Recht zu, im Laufe von 20 Tagen, vom Datum des Eintreffens der Dokumente bei der Bank seines Landes deren Bezahlung gänzlich oder teilweise zu verweigern.

Die gänzliche Zurückweisung der Zahlung des Inkassobetrages kann erfolgen, falls:

- a) ein Auftrag zur Dienstleistung nicht erteilt wurde,
- b) der fakturierte Betrag bereits beglichen wurde,
- c) die zum Inkasso erlegten Dokumente den Vertragsbedingungen nicht entsprechen,

Die teilweise Zurückweisung der Zahlung kann erfolgen, falls:

- a) die Fakturen einen Rechenfehler aufweisen,
- b) die angerechneten Sätze von den im Vertrag festgesetzten abweichen,
- c) in der Inkassosumme Kommissanten-Provisionen und Zinsen, die im Verträge nicht vorgesehen waren, enthalten sind,
- d) unrichtige Tarifsätze oder Valutenkurse angewandt wurden,
- e) die Aufträge des Zahlungsverpflichteten nicht befolgt wurden,

Die gänzliche oder teilweise Zahlungsverweigerung des Inkassos muß durch den Zahlungsverpflichteten schriftlich begründet und durch Dokumente bewiesen werden.

§ 49 Sämtliche Zahlungen, die in den §§ 41 bis 46 und 48 nicht geregelt sind, werden durch Übersendung einer vom Käufer ausgestellten Kreditnote und vom Verkäufer übersandten Debetnote durchgeführt. Diese Noten sind zwischen den Vertragspartnern binnen 45 Tagen nach dem Erhalt abzustimmen.

Die sich aus Reklamationen und Zinsen ergebenden Zahlungen werden gemäß dem in §§ 41 ff. vorgesehenen Verfahren aufgrund einer Kopie der Debetnote des Käufers und der durch den Schuldner ausgestellten Kreditnote beglichen.

- 29 -

- 29 -

Der Schuldner kann die Zahlung durch eine unmittelbare Überweisung durchführen falls er die ihm seitens des Käufers eingesandte Debetnote akzeptiert.

Sanktionen

§ 50 Bei Verspätung der Warenlieferungen gegenüber den im Vertrag festgelegten Fristen um mehr als 30 Tage ist der Verkäufer verpflichtet, dem Käufer eine Konventionalstrafe, die nach dem Wert der nicht rechtzeitig gelieferten Ware berechnet wird, für jeden versäumten Tag über die erwähnten 30 freien Tage hinaus zu zahlen.

Bei Verspätung der Lieferung der technischen Dokumentation gegenüber den im Vertrag festgelegten Fristen um mehr als 30 Tage ist der Verkäufer verpflichtet, dem Käufer eine Konventionalstrafe, berechnet vom Wert der Ware, mit der die Dokumentation verbunden ist, für jeden versäumten Tag über die erwähnten 30 freien Tage hinaus zu zahlen.

Bei fehlender oder vertraglich nicht fristgemäßer Avisierung der Warenlieferung ist der jeweilige Vertragspartner verpflichtet, dem anderen Partner eine Konventionalstrafe in Höhe von 0,01 % des betreffenden Warenwertes zu zahlen.

Die Konventionalstrafenansprüche sind vom berechtigten Vertragspartner gegenüber dem anderen Vertragspartner innerhalb einer Frist von 6 Monaten, gerechnet vom Tage der Entstehung des Anspruches zu fordern. Macht der berechtigte Vertragspartner seinen Anspruch auf die Konventionalstrafe nicht innerhalb der genannten Frist geltend, so ist dieser Anspruch verwirkt.

- 30 -

- 30 -

Hierunter fallen nur Konventionalstrafenansprüche, die nach Unterzeichnung dieser Allgemeinen Bedingungen entstehen.

Die Höhe der Konventionalstrafe beträgt:

im ersten Monat des Versäumnisses über die vorerwähnten 30 freien Tage hinaus	- 0,05 %
im zweiten Monat des Versäumnisses	- 0,08 %
in den weiteren Monaten für jeden versäumten Tag	- 0,12 %

des Warenwertes, den dieses Versäumnis betrifft. Die Gesamtsumme der Konventionalstrafe darf aber 8 % des Wertes der Ware, die dieses Versäumnis betrifft, nicht überschreiten.

§ 51 Falls die Lieferverzögerung der Ware 4 Monate und bei schwerer Ausrüstung in Spezialanfertigung 6 Monate über den im Vertrag vorgesehenen Termin beträgt, ist der Käufer berechtigt, von der weiteren Erfüllung des Vertrages - ohne sich an ein Schiedsgericht zu wenden - vollständig oder nur hinsichtlich des versäumten Teiles abzusehen, ohne jedoch das Recht zu haben, gegen den Verkäufer irgendwelche Ansprüche in Bezug auf die Nichterfüllung des Vertrages zu erheben, außer der erwähnten Konventionalstrafe.

In diesem Falle ist der Verkäufer verpflichtet, dem Käufer die von ihm geleisteten Zahlungen mit Anrechnung von 4 % Jahreszinsen zurückzuerstatten.

Falls die Lieferverspätung eine Ware oder deren Teil betrifft, von der die Inbetriebsetzung einer Einrichtung oder eines Objektes abhängig ist, erfolgt die Berechnung der Konventionalstrafe vom Werte des Objektes, das infolge der oben erwähnten Lieferverspätung nicht rechtzeitig in Betrieb gesetzt werden kann.

- 31 -

- 31 -

§ 52 Der Käufer ist berechtigt, Konventionalstrafen bereits vom ersten Tage der Verspätung, die um 30 Tage den im Vertrag für die Auslieferung der Ware festgesetzten Termin übersteigt, zu inkassieren.

Bei Verspätung in der Beseitigung eines Mangels in der gelieferten Einrichtung gegenüber der zur Beseitigung des Mangels vereinbarten Frist um mehr als 30 Tage, ist der Verkäufer verpflichtet, dem Käufer für jeden über die 30 Tage hinaus versäumten Tag eine Konventionalstrafe nach dem Wert der Einrichtung, deren Inbetriebnahme und Erlangung der vertragsmäßigen Leistung nicht erfolgen kann, berechnet, in folgender Höhe zu zahlen:

- | | |
|--|----------|
| a) im ersten Monat des Versäumnisses | - 0,05 % |
| b) im zweiten Monat des Versäumnisses | - 0,08 % |
| c) in den weiteren Monaten
für jeden versäumten Tag | - 0,12 % |

Die Gesamtsumme der Konventionalstrafe darf aber nicht 8 % des Wertes der Einrichtung, deren Inbetriebnahme und Erlangung der vollen vertragsmäßigen Leistung nicht erfolgen kann, überschreiten.

Höhere Gewalt

§ 53 Bei einer völligen oder teilweisen Nichterfüllung des Vertrages im Falle höherer Gewalt wird der Vertragspartner von der Verantwortung für die Nichterfüllung des Vertrages befreit.

Beim Eintreten von Umständen höherer Gewalt, die eine Erfüllung des Vertrages behindern, ist der Vertragspartner, der infolge solcher Umstände den Vertrag nicht erfüllen kann, verpflichtet, sofort den anderen Vertragspartner telegrafisch mit Bestätigung durch einen eingeschriebenen Brief davon zu verständigen.

- 32 -

Bei Aufhören der Umstände höherer Gewalt muß der entsprechende Vertragspartner den anderen Vertragspartner in derselben Art und Weise benachrichtigen.

Arbitrage

- § 54 Alle Streitfälle, die sich aus dem Vertrag oder im Zusammenhang mit ihm ergeben können, unterliegen unter Ausschluß der allgemeinen Gerichtbarkeit der Entscheidung im Schiedsgerichtsverfahren.

Das Schiedsgerichtsverfahren findet statt:

- a) falls die beklagte Partei in der Streitfrage eine Organisation oder Person mit dem Sitz in der Volksrepublik Polen ist, beim Schiedsgerichtskollegium der Polnischen Aussenhandelskammer und nach dem bei diesem Kollegium üblichen Verfahren, gemäß der Satzung dieser Kammer in Warschau,
- b) falls die beklagte Partei in der Streitfrage eine Organisation oder Person mit dem Sitz in der Deutschen Demokratischen Republik ist, bei dem Schiedsgericht der Kammer für Aussenhandel der Deutschen Demokratischen Republik gemäß der Satzung dieser Kammer in Berlin.

Allgemeine Bestimmungen

- § 55 Alle Gebühren, Steuern und Zollausgaben auf dem Territorium des Landes des Verkäufers, die mit der Erfüllung des Vertrages zusammenhängen, werden vom Verkäufer bezahlt, Alle Gebühren, Steuern und Zollausgaben auf dem Territorium des Landes des Käufers werden vom Käufer bezahlt.

- 33 -

- § 56 Im Falle der Lieferung von Gütern, die den Ladenormen der Eisenbahn des Landes des Käufers oder des Transitlandes nicht entsprechen, ist der Verkäufer verpflichtet, nicht später als 2 Monate vor dem Liefertermin den Käufer durch eingeschriebenen Brief unter Beifügung der Zeichnungen der Güter und unter Angabe der Ausmaße und des Gewichtes derselben in Kenntnis zu setzen.

Die Bestimmungen über den internationalen Eisenbahngüterverkehr (SMGS) finden Anwendung.

Das Datum der Verladung und die Grenzstation, die diese Güter passieren sollen, müssen zwischen den Vertragspartnern vereinbart werden, wobei das Verladdatum vom Verkäufer mindestens 21 Tage vor Absendung der Ladung bekanntgegeben werden muß.

- § 57 Keiner der Vertragspartner hat das Recht, seine Rechte und Verpflichtungen aus dem Vertrag ohne schriftliche Zustimmung des anderen Vertragspartners weiter zu übertragen.

Die Allgemeinen Bedingungen gelten mindestens für das Jahr 1955. Sie treten mit dem Tage ihrer Unterzeichnung in Kraft und behalten Gültigkeit bis zum Ablauf von 3 Monaten von dem Tage an, an dem eine der Parteien den Wunsch äußert, ihre Gültigkeit aufzuheben.

- 34 -

Ergänzungen und Änderungen der Allgemeinen Lieferbedingungen können im Einvernehmen beider Außenhandelsministerien vorgenommen werden.

Ausgefertigt in Warschau, am 14. Februar 1955 in 2 Exemplaren, je eines in deutscher und polnischer Sprache, wobei beide Texte die gleiche Gültigkeit haben.

Anlagen: 3

Im Namen
der Regierung der Deutschen
Demokratischen Republik

gez. Hüttenrauch

Im Namen
der Regierung der
Volkrepublik Polen

gez. Kropczynski

Anlage 1
zu den "Allgemeinen Bedingungen
für Warenlieferungen aus der
Deutschen Demokratischen Republik
nach der Volksrepublik Polen."

Vertrag Nr.

abgeschlossen zwischen der Firma
.
im weiteren Text Käufer genannt und der Firma
.
weiterhin Verkäufer genannt.

Im Rahmen des zwischen der Deutschen Demokratischen Republik
und der Volksrepublik Polen geltenden Protokolls zum Handels-
abkommen und der Allgemeinen Bedingungen für Warenlieferungen
für das Jahr / Pos.Nr. der Liste
kauft der Käufer und der Verkäufer verkauft franko deutsch-
polnische Grenze aufgrund

1. Ware:

- a) Art
- b) Qualität
- c) Menge

2. Preis:

Rbl. per
.

3. Gesamtwert:

Rbl.
in Worten

Der Preis bzw. der Gesamtwert versteht sich franko deutsch-
polnische Grenze einschließlich Verpackung.

4. Verpackung:

Handelsübliche Exportverpackung, die die Ware vor Transport-
schäden schützt. Sämtliche Schäden und Verluste, die infolge
mangelhafter Verpackung entstanden sind, gehen zu Lasten
des Verkäufers.

5. Liefertermin:

.....
.....
.....

6. Schiedsanalyse:

Sollte der Lieferant evtl. den von dem Käufer erhobenen
Qualitätseinspruch nicht annehmen, wird für beide Seiten das
Ergebnis der Warenanalyse, welche von/in
.....
durchgeführt wurde ausschlaggebend und bindend sein. Der
Käufer wird die Analysenkosten lediglich im Falle der Unrechtmäßigkeit des Einspruches tragen müssen.

Widrigenfalls wird der Verkäufer mit diesen Kosten belastet.

7. Zahlung:

Erfolgt gemäß den Bestimmungen des Handelsabkommens zwischen
der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik
Polen und den zwischen den Regierungen beider Länder abge-
schlossenen Allgemeinen Bedingungen für Warenlieferungen für
das Jahr gegen Vorlage folgender Dokumente bei der
Bank des Verkäuferlandes:

- a) Faktura, aus der die Bezeichnung des betreffenden
zwischenstaatlichen Abkommens und die Vertragsnummer
sowie die Positionsnummer des Kontingentes hervorgehen,
3-fach,
- b) Eisenbahnfrachtbriefduplikat mit dem Stempel der
Versandstation bzw.
..... +)
(vereinbartes Versanddokument)

+) nichtzutreffendes streichen

- c) Warenspezifikation +)
- d) Qualitätszertifikat +)
- e) Erklärung des Verkäufers, daß der Versand der Ware dem Käufer sowie der Firma C. Hartwig telegrafisch avisiert wurde +)

8. Versand:

Der Verkäufer ist verpflichtet, die Ware genau lt. Instruktion der Firma C. Hartwig auf den Weg zu bringen.

9. Versandanzeige:

Der Versand der Ware wird dem Käufer sowie der Firma C. Hartwig telegrafisch avisiert unter Berücksichtigung folgender Angaben:

- a) Vertragsnummer
- b) Warenbezeichnung
- c) Warenwert
- d) Kollianzahl
- e) Versanddatum
- f) Bruttogewicht

10. Versandadresse:

Frachtbriefanschrift, Bestimmungsstation, Leitungsweg, Deklaration des Gutes erfolgen lt. Instruktion der Firma C. Hartwig.
Jeder Kiste (Packung) ist ein genaues Inhaltsverzeichnis beizulegen.

11. Kennzeichen:

Jede Kiste/Packung soll mit folgenden Kennzeichen versehen sein:

P O L E N für
Vertrag-Nr. lauf. Kollinummer ▼ ▼ ▼
brutto: Netto: Taragewicht:
Adresse:

+) nichtzutreffendes streichen

12. Sonstiges:

- a) Im weiteren Schriftwechsel, in Telegrammen, Versanddokumenten, Wahrungsfakturen, Versandanzeigen usw. muß jeweils die Vertragsnummer vermerkt sein.
- b) Schäden und Verluste, die infolge der Nichteinhaltung der Versandinstruktionen oder der sonstigen gestellten Bedingungen des Käufers auftreten, gehen zu Lasten des Verkäufers.

- c) Für sonstige Bedingungen, die in diesem Vertrag nicht vorgesehen sind, gelten die Bestimmungen der Allgemeinen Bedingungen für Warenlieferungen für das Jahr
- d) Sämtliche Änderungen und Ergänzungen des vorliegenden Vertrages erfordern schriftliches Einverständnis beider Partner. Änderungen und Ergänzungen, die durch beide Partner nicht schriftlich bestätigt wurden, können nicht als gültig betrachtet werden.
- e) Dieser Vertrag wurde in 2 Exemplaren ausgefertigt, wovon jedes Exemplar als Original zu betrachten ist.
- f) Sämtliche Beilagen bilden einen untrennbaren Bestandteil des vorliegenden Vertrages.

. Beilagen

VERKÄUFER

KÄUFER

., den

Anlage 2
zu den "Allgemeinen Bedingungen für
Warenlieferungen aus der Deutschen
Demokratischen Republik nach der
Volksrepublik Polen."

Vertrag Nr. . . .

abgeschlossen zwischen der Firma
.
im weiteren Texte Käufer genannt, und zwischen der Firma . . .
.
weiterhin Verkäufer genannt.

Im Rahmen des zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und
der Volksrepublik Polen geltenden Protokolls zum Handelsabkommen
und der Allgemeinen Bedingungen für Warenlieferungen für das
Jahr . . . /Pos.Nr. der Liste
kauft der Käufer und der Verkäufer verkauft franko deutsch-
polnische Grenze:

1. Gegenstand, Qualität und Menge

.
.
.
.

Der Liefergegenstand ist gemäß der festgestellten Spezifikation
und den geltenden oder vereinbarten technischen Normen neu,
komplett, einsatzbereit mit entsprechendem Werkzeugsatz +)
und Normalzubehör +), sowie falls bestellt, mit Sonderzube-
hör +), Zusatzeinrichtungen +) und Ersatzteilen +) zu den in
diesem Vertrag festgelegten Terminen zu liefern. Alle bestell-
ten Gegenstände sind mit Sicherheits- und Schutzvorrichtungen,
die eine gefahrlose und hygienische Arbeit gewährleisten, zu
liefern.

+) nichtzutreffendes streichen

Der Verkäufer verpflichtet sich zum gelieferten Gegenstand die für die Dauerarbeit und Überholungen erforderlichen Ersatzteile auf Bestellung zu liefern.

2. Preis

.....
.....

3. Gesamtwert

Rbl.
in Worten

Der Preis bzw. der Gesamtwert versteht sich franko deutsch-polnische Grenze einschließlich Verpackung.

4. Kontrolle der Ausführung des Liefergegenstandes während der Produktion

.....
.....

5. Prüfung und Abnahme

Dem Käufer steht das Recht zu, vor Versand der Ware die technische und qualitative Abnahme durchzuführen. Die technische Abnahmebereitschaft ist dem Käufer seitens des Verkäufers mindestens 6 Wochen vor dem Abnahmetermin telegrafisch anzumelden. Die zur technischen Kontrolle und Abnahme erforderlichen Hilfskräfte, Materialien, Meßinstrumente, Energie usw. stellt der Verkäufer dem Beauftragten des Käufers kostenlos zur Verfügung. Die Unterhaltskosten des Beauftragten gehen zu Lasten des Käufers.

Die qualitative Abnahme wird durch ein von dem Verkäufer und dem Beauftragten des Käufers unterzeichnetes Protokoll bestätigt und damit wird die Ware zur Ablieferung freigegeben. Die durch den Beauftragten des Käufers durchgeführte qualitative Abnahme wird in keiner Weise die in den Allgemeinen Lieferungsbedingungen vorgesehene Garantie beeinträchtigen.

Falls der Käufer auf die qualitative Abnahme vor Versand der Ware verzichtet, ist die Ware mit dem Attest des staatlichen Kontrollamtes- bzw. Unternehmens abzuliefern; zwei Exemplare des Attestes sind jeder abzuliefernden Ware beizufügen. Kann die Abnahme in dem Lieferwerk nicht erfolgen, so wird sie laut nachstehenden Bedingungen durchgeführt:

.....
.....

6. Montage

.....
.....
.....

7. Dokumentation

.....
.....
.....

Die in diesem Punkt aufgeführte Dokumentation ist in folgenden Terminen auszuliefern:

.....
.....

8. Verpackung

Handelsübliche Exportverpackung, die die Ware vor Transportschäden schützt. Die Verpackung muß der Eigenart des Liefergegenstandes entsprechend angepaßt sein.

Alle Liefergegenstände sind fertig montiert zu versenden, soweit dies die Verpackungs- und Transportrücksichten zulassen.

Zusammen mit dem Liefergegenstand ist die im Punkt 7 erwähnte, erforderliche technische Dokumentation in 3-facher Ausfertigung mitzusenden. Diese Dokumentation ist in einer vor Witterungseinflüssen sowie vor Beschädigung während des Transportes schützenden Verpackung zu versenden.

Sämtliche Schäden und Verluste die infolge mangelhafter Verpackung entstanden sind, gehen zu Lasten des Verkäufers.

9. Garantie

Der Verkäufer leistet im Sinne der Bestimmungen der geltenden Allgemeinen Bedingungen für Warenlieferungen eine Garantie für die Dauer von . . . Monaten vom Tage der Inbetriebsetzung (Kollaudation) gerechnet.

Der Käufer ist berechtigt, Schadensersatz zu beanspruchen, falls der Verkäufer in dem Zeitraum von Wochen/Tagen die Beseitigung eines von ihm zu vertretenden Mangels nicht durchführt, die Ausbesserung bzw. die Beschaffung eines geeigneten Ersatzstückes unmöglich ist oder die Inbetriebnahme der Einrichtung aus Verschulden des Verkäufers nicht stattfindet. Die Höhe des Schadensersatzes ist zwischen den Partnern zu vereinbaren.

10. Liefertermin

.
.

11. Zahlung

erfolgt gemäß den Bestimmungen des Handelsabkommens zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen und den zwischen den Regierungen beider Länder abgeschlossenen Allgemeinen Bedingungen für Warenlieferungen für das Jahr gegen Vorlage folgender Dokumente bei der Bank des Verkäuferlandes:

- a) Faktura, aus der die Bezeichnung des betreffenden zwischenstaatlichen Abkommens und die Vertragsnummer sowie die Positionsnummer des Kontingentes hervorgehen, 3-fach,
- b) Eisenbahnfrachtbriefduplikat mit dem Stempel der Versandstation bzw. (vereinbartes Versanddokument)

- c) Warenspezifikation +)
- d) Qualitätszertifikat +)
- e) Erklärung des Verkäufers, daß der Versand der Ware dem Käufer sowie der Firma C. Hartwig telegrafisch avisiert wurde,
- f) Erklärung des Verkäufers, daß die in diesem Vertrag im Punkt 7 und 8 aufgeführte Dokumentation ausgeliefert wurde,
- g) ein im Sinne der Bestimmungen des vorliegenden Vertrages durch den Verkäufer ausgestellter Garantieschein.
- h)

Wenn die im Vertrag festgelegten Termine für die Lieferung einzelner Baugruppen oder Abschnitte nicht eingehalten wurden, so hat der Käufer gemäß den Bestimmungen des § 47 der Allgemeinen Bedingungen für Warenlieferungen das Recht, hinsichtlich der bezahlten Beträge für die bereits innerhalb dieser Baugruppen oder Abschnitte erfolgten Teillieferungen die Rückerstattung zu fordern. Die endgültige Bezahlung erfolgt nach kompletter Auslieferung der betreffenden Baugruppen.

Im Falle einer Lieferung vor dem im vorliegenden Vertrag vereinbarten Termin ist den obenerwähnten Dokumenten eine Erklärung des Käufers beizufügen, daß er mit der Vorlieferung einverstanden ist.

12. Versand

Der Verkäufer ist verpflichtet, die Ware genau lt. Instruktion der Firma C. Hartwig auf den Weg zu bringen.

13. Versandanzeige

Der Versand der Ware wird dem Käufer sowie der Firma C. Hartwig bei der Abfertigung, spätestens aber am nächsten Tage telegrafisch avisiert unter Berücksichtigung folgender Angaben:

+) nichtzutreffendes streichen

- a) Vertragsnummer
- b) Warenbezeichnung
- c) Warenwert
- d) Kollianzahl
- e) Versanddatum
- f) Bruttogewicht

14. Versandadresse

Frachtbriefanschrift, Bestimmungsstation, Leitungsweg, Deklaration des Gutes erfolgen lt. Instruktion der Firma C. Hartwig.

Jeder Sendung muß der Verkäufer folgende Dokumente beifügen:

- a) Kopie der Währungsfaktura
- b) Warenspezifikation
- c) genaues Inhaltsverzeichnis in jeder Kiste/Packung
- d) die in Ziffer 7 des vorliegenden Vertrages vorgesehene technische Dokumentation +)

15. Kennzeichen

Jede Kiste/Packung soll mit folgenden Kennzeichen versehen sein:

P O L E N für
Vertrag-Nr.: lauf. Kollinummer:
Brutto: Netto: Faragewicht:
Adresse:

16. Sonstiges

- a) Im weiteren Schriftwechsel, in Telegrammen, Versanddokumenten usw. muß jeweils die Vertragsnummer vermerkt sein.

+) nichtzutreffendes streichen

- b) Schäden und Verluste, die infolge der Nichteinhaltung der Versandinstruktionen oder der sonstigen gestellten Bedingungen des Käufers auftreten, gehen zu Lasten des Verkäufers.

- c) Für sonstige Bedingungen, die in diesem Vertrag nicht vorgesehen sind, gelten die Bestimmungen der Allgemeinen Bedingungen für Warenlieferungen für das Jahr
- d) Sämtliche Änderungen und Ergänzungen des vorliegenden Vertrages erfordern schriftliches Einverständnis beider Partner. Änderungen und Ergänzungen, die durch beide Partner nicht schriftlich bestätigt wurden, können nicht als gültig betrachtet werden.

Dieser Vertrag wurde in zwei Exemplaren angefertigt, wobei jedes Exemplar als Original zu betrachten ist.

Sämtliche Beilagen bilden einen untrennbaren Bestandteil des vorliegenden Vertrages.

. Beilagen

VERKÄUFER

KÄUFER

., den

